



1.4 Forschungsschwerpunkt Raumkapital

Zwischen Weltmarktorientierung und endogener Entwicklung

Marius Angstmann, Elke Dahlbeck, Franz Flögel, Stefan Gärtner, Kerstin Meyer, Hansjürgen Paul, Christoph Scheuplein

Zwei der drei Jahre, auf die sich dieser Geschäftsbericht bezieht, waren von der Corona-Pandemie dominiert und wissenschaftliche Einrichtungen sind in pandemischen Zeiten besonders gefordert: einerseits sollten sie ad hoc helfen die Pandemie einzudämmen, differenzierter zu kommunizieren, und Maßnahmen im Sinne einer Krisenfolgenminderung vorzuschlagen; andererseits sollen sie Lehren aus der Pandemie ziehen. Dabei ist zu beachten, dass auch die Expertise außerhalb der Lebenswissenschaften gebraucht wird.

So hatten wir im Forschungsschwerpunkt „Raumkapital“ schnell die Befürchtung, dass die Pandemie leider keine Eintagsfliege sein wird. Wir haben beispielsweise in einem Eigenprojekt eine sogenannte Ad-hoc-Empirie aufgebaut, um zu verstehen, wie die Maßnahmen zur Unterstützung von der Pandemie besonders betroffener Unternehmen und Einrichtungen wirken und wie die ökonomischen Folgen und die Gefahr einer „Ansteckung“ in Form einer Finanzkrise abgewendet werden könnten. Dies haben wir sowohl genutzt, um im Rahmen der Arbeit mit Wirtschaftsförderungen und unterstützenden Organisatoren (z.B. lokalen Banken) erstes Orientierungswissen zur Verfügung zu stel-

len, aber auch um mit diesen ins Gespräch zu kommen und weitere Information zu erlangen. Selbstverständlich haben wir auch in Absprache mit Auftraggebern und Forschungsförderungen in laufenden Projekten, die sich etwa mit lokaler Ökonomie oder Strukturentwicklung beschäftigen, unsere empirischen Fragestellungen angepasst bzw. um Fragestellungen zur Pandemie erweitert. Ferner führten wir in einem Gemeinschaftsprojekt mit der Hochschule Niederrhein und der Universität Jena eine Delphi-Befragung zur Betroffenheit und zum Reaktionspotenzial der lokalen Ökonomie durch.

Die qualitativen Ergebnisse haben wir um Daten der Sekundärstatistik ergänzt, die vor dem Hintergrund der Corona-Krise ausgewertet wurden. Daraus sind u.a. Veröffentlichungen entstanden, welche den Beitrag dezentraler Banken- und Finanzsysteme für eine resiliente Wirtschaft untersuchten (Flögel und Gärtner 2020; Flögel und Hejnová 2021). Denn, so die These: leistungsfähige Hausbanken sind im Lockdown besonders wichtig, um die Kunden, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), schnell und unbürokratisch mit finanziellen Mitteln zu unterstützen, damit diese die Krise überdauern können (Flögel und Gärtner 2020). Wie

Flögel und Hejnová (2021) für 30 europäische Länder empirisch aufzeigten, leisteten dezentrale Bankensysteme mit ihren regionalen Banken – in Deutschland insbesondere die gut 1.000 Sparkassen und Genossenschaftsbanken – zwar einen Beitrag zur wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit während der globalen Finanzkrise, allerdings lässt sich dieser Effekt nicht für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im ersten Jahr der Pandemie bestätigen. Ob regionale Banken ihre stabilisierende Wirkung in Wirtschaftskrisen verloren haben, oder ob mögliche Unterschiede erst mit den wirtschaftlichen Erholungspfaden deutlich werden, konnten wir noch nicht klären. Wir bleiben dran.

Ferner haben wir uns an einem Ad-hoc-Arbeitskreis „Pandemie und Raumentwicklung“ der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) zu den räumlichen Auswirkungen der Pandemie der ARL beteiligt. Denn, wie das gemeinsam verfasste Positionspapier argumentiert, wird es als evident angesehen, dass „die (Reaktion auf die) Pandemie (...) zwar zersplitterte Zuständigkeiten“ hat sichtbar werden lassen, aber gleichzeitig Vorteile der föderalen und dezentralen Strukturen mit einer höheren Flexibilität aufzeigt. Um zukünftig beim Eintreten

von unvorhersehbaren Ereignissen besser gewappnet zu sein, wurden Handlungsprinzipien für die Raumplanung, ihre Instrumente, Verfahren und Akteur:innen aufgezeigt, die sich auf Resilienz, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ausrichten (Adli et al. 2021). Die Vorteile dezentraler Systeme zu nutzen, könnte nicht nur positive soziale und gesundheitliche Auswirkungen nach sich ziehen, sondern würde auch wirtschaftliche Vorteile, einen geringeren Krankenstand, weniger Arbeitsunfähigkeit (durch Long-Covid etc.) mit sich bringen.

Dass Städte mit solch einer aktiven, präventiven Politik im Tagesgeschäft sehr herausgefordert sind, und z.B. den auch schon vor der Corona-Pandemie dringend benötigten Digitalisierungsschub – Stichwort: E-Government – nur bedingt leisten können, liegt auch an der schlechten Finanzausstattung zahlreicher Gemeinden (BBSR 2020), die sich aufgrund der Corona-Krise wahrscheinlich noch weiter verschlechtern wird. Die Finanzausstattung und damit auch die Möglichkeiten auf Krisen zu reagieren, sind räumlich sehr divers. Wie aber unsere Analyse im Rahmen eines langjährigen Modellvorhabens zur integrierten Regionalentwicklung und kommunaler Finanzen gezeigt hat, kann es keinesfalls als

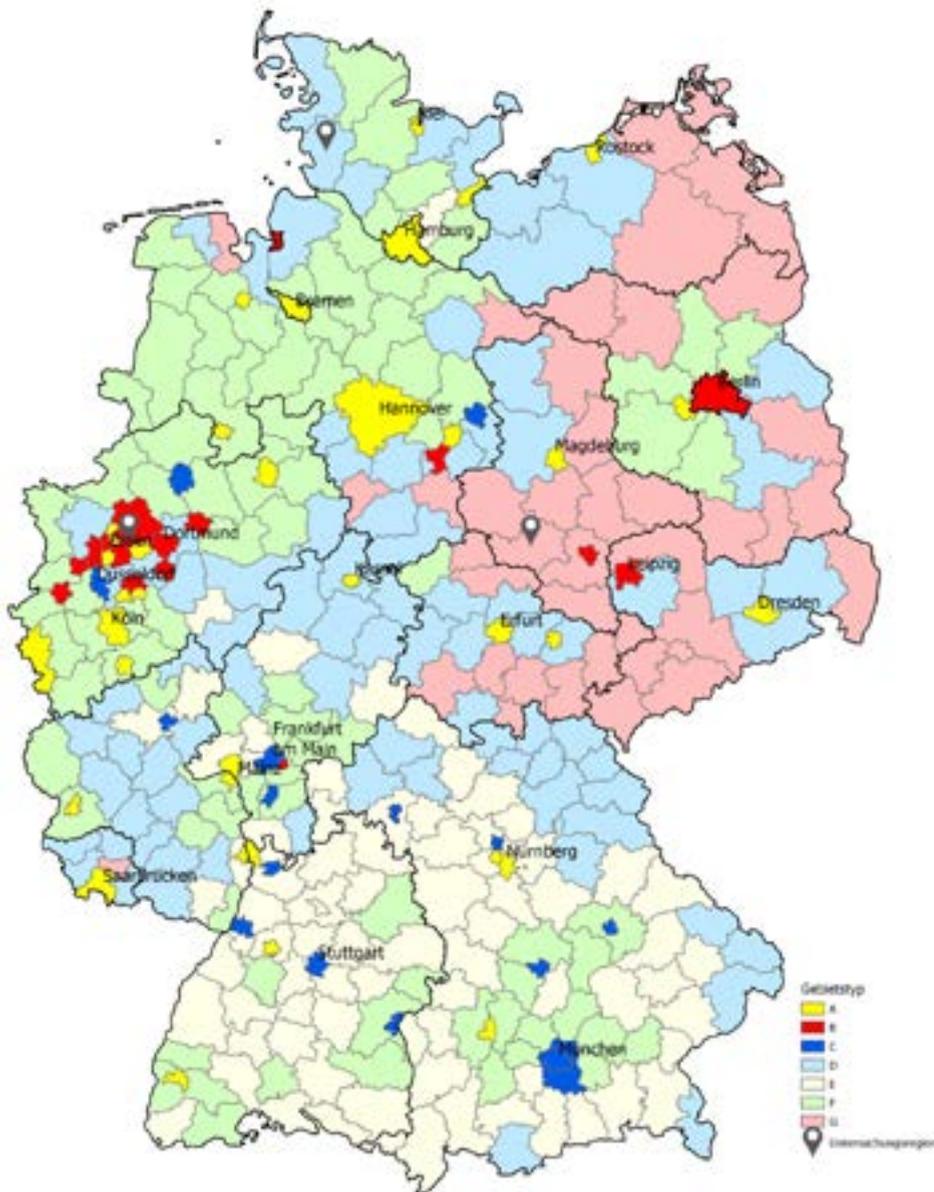
gesichert angesehen werden, dass finanzschwache Kommunen weniger Fördergelder einwerben. So sind zwar für alle Städte und Gemeinden die Akquise und die Abwicklung von Fördermitteln herausfordernd, da es oft an Personal, Zeit und Geld – etwa für die zu erbringenden Eigenanteile – fehlt. Besonders für finanziell herausgeforderte Kommunen stellt sich die Frage, ob Eigenanteile noch finanzierbar sind. Anhand von Regressionsanalysen zeigt unsere thematische Analyse, dass es keinen deutlichen Zusammenhang zwischen der kommunalen Haushaltslage und der Höhe der akquirierten Fördermittel gibt (Flögel und Langguth 2021). Finanzschwachen Kommunen gelingt es folglich (statistisch betrachtet) genauso Fördermittel einzuwerben wie finanziell gut ausgestatteten Gemeinden.

Wie unterschiedlich die Teilräume in Deutschland positioniert sind, haben wir im Rahmen eines Modellvorhabens zur Messung regionaler Lebensverhältnisse aufgezeigt (Dahlbeck et al. 2020a).

Mittels einer Faktorenanalyse wurden die zentralen rahmengebenden Kernindikatoren bestimmt, die sich zu drei unabhängigen Faktoren „soziale Lage“, „Wirtschaftsintensität“ sowie „Bevölkerungsentwicklung/Alters-

struktur“ verdichten lassen. Aufbauend hierauf erfolgt eine Gebietstypisierung der 361 Kreisregionen. Im Ergebnis stehen sieben Gebietstypen, die sich in ihren jeweiligen Ausprägungen – bezogen auf die drei Faktoren – unterscheiden und der Abbildung 1 zu entnehmen sind.

Abbildung 1:
Gebietstypisierung Kreisregionen 2017



Gebietstyp A: „Städte mit überdurchschnittlicher Wirtschaftsintensität und erkennbaren sozialen Herausforderungen“

Gebietstyp B: „Städte mit günstiger Altersstruktur und hohen sozialen Herausforderungen“

Gebietstyp C: „Städte mit ausgewiesener Wirtschaftsintensität“

Gebietstyp D: „durchschnittlich geprägte ländliche Regionen mit erkennbaren Herausforderungen bezogen auf die Altersstruktur“

Gebietstyp E: „durchschnittlich geprägte Regionen mit erkennbar günstiger sozialer Lage“

Gebietstyp F: „Regionen mit erkennbaren Herausforderungen der Wirtschaftsintensität und günstiger Altersstruktur“

Gebietstyp G: „ländliche Regionen mit erkennbaren sozialen Herausforderungen, Bevölkerungsrückgang und ungünstiger Altersstruktur“

Datenbasis BBSR 2019; Geobasis DE/ BKG 2017; Berechnung ZEFIR/ Kartografie IAT, entnommen aus: Dahlbeck et al. 2020a, S. 6.

Vor multiplen – jedoch sehr unterschiedlichen – Herausforderungen stehen insbesondere die Städte des Gebietstyps B, wie z.B. die altindustriellen Städte des nördlichen Ruhrgebiets sowie die peripheren dünnbesiedelten ländlichen Räume vornehmlich in Ostdeutschland (Gebietstyps G). So sind die Städte des Gebietstyps B besonders stark durch Armut geprägt. Die Bevölkerungsentwicklung ist positiv, auch wenn ein Teil der Zuwanderung durch „Armutszuwanderung“ geprägt ist. Die Altersstruktur ist im Vergleich etwas jünger, allerdings wachsen viele Kinder in Armut auf. Die Herausforderung hier besteht insbesondere darin, der nachwachsenden Generation trotz geringer Finanzausstattung der Kommunen Teilhabe – insbesondere Bildungsteilhabe – zu ermöglichen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Demgegenüber sind die Regionen des Gebietstyps G besonders stark durch den demografischen Wandel, also einen Bevölkerungsrückgang sowie einer überdurchschnittlich älteren Bevölkerung geprägt. Hier fehlt es an einer nachwachsenden Generation, weswegen der bestehende Fachkräftemangel nur bedingt durch Stärkung der Bildungsteilhabe entgegengewirkt werden kann.

Trotz vieler Defizite in Bezug auf gleichwertige Lebensverhältnisse und recht unterschiedlicher Finanzausstattung der Kommunen verfügt Deutschland über viele sozialstaatliche Instrumente, die auch zu einer ausgeglicheneren Regionalentwicklung beitragen. So besteht in Deutschland ein gutes und weitestgehend egalitär zugängliches Gesundheitssystem und das „Modell Deutschland“ hat in der Krise wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität bewiesen. Beispielsweise können sich Unternehmen, die sich nicht an den Kapitalmärkten, sondern durch Banken finanzieren, langfristig orientieren und ihre Beschäftigten auch in Krisen weiter beschäftigen, was durch staatliche Maßnahmen, z.B. Kurzarbeitergeld und einer reziproken Loyalität der Sozialpartner, unterstützt wird. Dies alles scheint kein Anachronismus, sondern gerade in einer globalisierten und damit krisenanfälligen Welt ein Vorteil zu sein.

Dies ist vor dem Hintergrund wichtig, dass das Gesundheits- und Sozialwesen seit einigen Jahren durch Privatisierung geprägt ist. Auch wenn die Privatisierung explizit durch den Gesetzgeber erwünscht war, zeigt sich seit einigen Jahren, dass mit Private-Equity-Gesellschaften ein neuer Akteur sowohl in

der stationären und in der ambulanten Versorgung als auch in der Pflege auftritt (Scheuplein und Büzek 2021). Die rein auf kurz- und mittelfristigen Gewinn ausgerichteten Geschäftsmodelle lassen befürchten, dass die Qualität der Gesundheits- und Pflegedienste sowie die Qualität der Arbeitsbedingungen zugunsten betriebswirtschaftlicher Einsparereffekte abnehmen. Diese These soll in Zukunft tiefergehend erforscht werden.

Der Begriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ bezieht sich nicht nur auf die ökonomische Situation, sondern auch auf die Lebensqualität und die Umweltqualität. Dabei ist zu beachten, dass die seit Jahrzehnten stattfindende Verlagerung der emissions- und ressourcenintensiven Teile der Wertschöpfung eine auf komparative Kostenvorteile basierende internationale Arbeitsteilung ist, und damit bestimmte Regionen besonders benachteiligt sind. Da zu befürchten ist, dass der Export von Belastungen umso mehr begünstigt wird, je konsequenter Sozial- und Umweltstandards lokal umgesetzt werden, ist es dringend geboten, dies auch in einem globalen Zusammenhang zu sehen, auch wenn wir zukünftig weiterhin in Deutschland und Europa forschen wollen und nicht im globalen Süden. Im Rahmen einer Ideenskizze

haben wir uns gemeinsam mit Kolleg:innen des Wuppertal Institut und der KU Eichstätt-Ingolstadt die Frage gestellt, wie “Sustainable Finance”, etwa in Gestalt der „EU Taxonomy for Sustainable Activities“, eigentlich durch regionale Banken im Kerngeschäft der KMU-Kreditvergabe aussehen könnte. Denn es ist alles andere als trivial, globale Nachhaltigkeitsstandards auf die tatsächlichen Aktivitäten der KMU zu übertragen ohne “Environmental Burden Shifting” (also die ökologische Belastung nicht zu verhindern, sondern räumlich nur zu verschieben) Vor-schub zu leisten. Best-in-Class-Ansätze, bei denen Firmen für besonders klimafreundliches Verhalten in ihrem Geschäftsfeld honoriert werden, könnten ein Ansatz sein die Kreditvergabe der in Deutschland besonders relevanten regionalen Banken „grüner“ zu machen. Hierzu sind aber im Unterschied zum einfachen Negativ-Screening (z.B. keine Kredite an die Stahlwirtschaft) detailliertere Bewertungen der eigentlichen Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten notwendig.

In diesem Zusammenhang wird – und dazu haben wir in den vergangenen drei Jahren vier Forschungsprojekte durchgeführt – zu-recht darauf hingewiesen, dass durch die un-

ter dem Stichwort „Urbane Produktion“ diskutierte Rückverlagerung oder auch die Sicherung von Produktion in der urbanen Lebenswelt u.a. mit ökologischen Vorteilen begründet werden kann. Die Nähe zum Wohnen kann u.a. eine umweltfreundliche und emissionsarme Produktion vor Ort fördern, was immissionsbedingte Belastungen verringern würde. Dies könnte auch dazu führen, dass wir achtsamer werden und etwas weniger konsumieren, wenn wir vor Ort mit den Auswirkungen unseres Konsums konfrontiert werden (Bathen et al. 2019; Gärtner und Schepelmann 2020). Urbane Produktion könnte somit die bestehende Logik umkehren, nach der Wohnen von Produktion und damit Konsum von Produktion durch regulatorische Planungen und Gesetze getrennt werden. Vor dem Leitbild der nutzungs-gemischten Stadt muss verhindert werden, dass produzierendes Gewerbe und Handwerk aus den Mischgebieten der Städte verdrängt wird (Meyer und Beckamp 2020; Gärtner et al. 2021). Das hätte zur Folge, dass manche Betriebe, die ihren Standort (bau- und planungsrechtlich) in der Stadt haben könnten, aktuell ihre Standorte in Gewerbegebieten wählen. Daneben gibt es Betriebe, die für Standorte im stadtnahen Gewerbegebiet geeignet sind, sich jedoch in Industriege-

bieten außerhalb des städtischen Raumes angesiedelt haben. Unternehmen, die einen solchen Industriestandort benötigen, finden dann dort keinen Platz mehr.

Dass Flächenknappheit zum Problem des sogenannten präventiven Strukturwandels geworden ist, haben wir gerade in einem Forschungsprojekt zu Gewerbeflächen und symbiotischen Ansätzen für diese in vom Kohleausstieg betroffenen Regionen festgestellt. Vor dem Hintergrund des sparsamen Umgangs mit Flächen mangelt es für die neu aufzubauenden wirtschaftlichen Sektoren an Flächenpotenzialen. Aus rechtlicher Perspektive ist es nur schwer möglich, Unternehmen, die voraussichtlich zukünftig nicht mehr ökonomisch tragfähig sind, frühzeitig die Flächenbelegung zu versagen. Dies wäre auch politisch kaum vorstellbar. Daher muss versucht werden, einen frühzeitigen strukturellen Wandel einzuführen, alte kontaminierte Flächen zu reaktivieren, in bestehenden Gewerbegebieten nachzuverdichten, Reserveflächen zu aktivieren und gewerbliche Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen, um eine flächensparsame Entwicklung zu realisieren. Insbesondere betriebsübergreifende Ansätze versprechen Potenzial zur Einsparung von Flächen, beispielsweise wenn die

Parkflächen einzelner Unternehmen zusammengelegt werden oder LKW-Stellplätze auch für benachbarte Betriebe zur Verfügung gestellt werden.

Der hohe Druck auf die Fläche vor allem in Städten und Agglomerationen ist nicht nur dem in der Vergangenheit vorherrschenden Trend, in die Stadt zu ziehen und einer weiter steigenden Pro-Kopf-Wohnfläche (Henger und Voigtländer 2019) geschuldet, sondern auch Nachhaltigkeitsstrategien induzieren Flächennachfrage, z.B. für die regenerative Energieproduktion oder im Rahmen der „Stadt der kurzen Wege“ und erhofften Rückkehr von Produktion (Meyer und Beckamp 2020). Diesbezüglich wollen wir an der Frage arbeiten, ob in Folge der Digitalisierung und damit verbundener raumstrukturell großer Veränderungen, neue Raumpotenziale in Innenstädten und Stadtteilzentren zu einer Entschärfung der Flächenkonkurrenz beitragen und im Sinne einer Nutzungsgemischten Stadt genutzt werden können.

Dass sich der stationäre Einzelhandel in einem strukturellen Wandel befindet, ist zwar seit langem bekannt und wurde durch die Corona-Pandemie zusätzlich beschleunigt. Doch auch weitere Nutzungen und Angebote

in Innenstadtlagen verändern sich aufgrund von Wandelprozessen in den jeweiligen Sektoren; so verlieren auch stationäre Sparkassen-, Volksbanken- und Postfilialen, andere Dienstleistungsunternehmen und auch die Stadtverwaltung an Bedeutung bzw. benötigen aufgrund der Digitalisierung deutlich weniger Flächen. Es stellt sich also die Frage, wie sich die Innenstadtlagen zukünftig entwickeln, wenn die Beschäftigten verstärkt zu Hause oder im Café um die Ecke arbeiten, wenn Bürger:innen nicht mehr ins Bürgerbüro müssen und wenn Konsument:innen für das Einkaufserlebnis das Haus nicht mehr verlassen. Vielleicht können die nicht mehr für Dienstleistungen und stationären Einzelhandel genutzten Flächen zukünftig Potenzial- und Entlastungsflächen werden, was dafür sorgt, dass Wohnen, Arbeit (auch und gerade bezogen auf die materielle Wirtschaft), Versorgung und ökologische Entlastung nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Dafür haben wir u.a. in Bochum hinsichtlich der Entwicklung zur FabTown (Wirtschaftsförderung Bochum 2020) Analysen und Maßnahmen gemeinsam mit städtischen Akteuren durchgeführt.

Um jedoch ein Mindestmaß gesellschaftlicher Dienste und sozialer Treffpunkte im

Quartier zu erhalten, werden neue Finanzierungs- und Organisationsmodelle – oftmals initiiert durch die Zivilgesellschaft – immer wichtiger. Welche Rolle Wirtschaft und Zivilgesellschaft für das lokale und regionale Engagement spielen können, und wie die Verwaltungen hier unterstützen sollten, wurde in verschiedenen Projekten erforscht. Deutlich wurde, dass sowohl Unternehmen als auch Bürger:innen eine hohe Bedeutung für regionale Initiativen einnehmen, dass jedoch mit zunehmender Komplexität und finanziellen Herausforderungen Bürger:innen an Grenzen stoßen. Hier bedarf es einer Unterstützungsstruktur, die ähnlich wie Gründungsberatung nicht auf gewinnorientierte bürgerschaftliche Vorhaben zielen (Dahlbeck et al. 2020b).

Dass diese strukturellen Veränderungen auch mit Strukturbrüchen einhergehen und die diesbezügliche Resilienz räumlich recht selektiv sein wird, darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Aus diesen neuen Transformationsnotwendigkeiten ergeben sich natürlich auch oder gerade deswegen Chancen für strukturell herausgeforderte Räume – und diese sind nach wie vor hauptsächlich unsere Forschungs- und Gestaltungsräume.

Einem neo-endogenen Verständnis von Regionalentwicklung folgend, lässt sich die Entwicklung endogener Potenziale nicht nur isoliert in den Regionen realisieren, sondern es gilt regionsexterne Entwicklungen als Chancen zu nutzen. Wie wir im Konsortium mit dem if(is) - Institut für Internetsicherheit der Westfälischen Hochschule - und dem eurobits e.V. in einer vom BMBF geförderten Konzeptphase schlüssig aufzeigen konnten, stellt die Cybersicherheitswirtschaft im Ruhrgebiet ein außergewöhnliches Potenzial dar. Es ist keinesfalls selbstverständlich für eine strukturell herausgeforderte Region, internationale Exzellenz in Forschung und Lehre in einem globalen Zukunftsthema wie der Cybersicherheit aufzuweisen und es hat sich bereits ein lebhaftes Entrepreneurial Ecosystem entwickelt. Zufall, Instinkt, zahlreiche engagierte Akteur:innen und natürlich auch öffentliche Förderung für Forschung und Wirtschaft legten den Grundstein für dies Ökosystem im Ruhrgebiet (Butzin et al. 2021). Nun gilt es dieses Ökosystem weiterzuentwickeln und auch den Nutzen für die Bevölkerung zu verstärken, etwa indem Arbeitsplätze in der lokalen Produktion von ICT-Komponenten geschaffen werden (Stichwort: Chipknappheit und vertrauenswürdige Hardware) und indem neue Campusstandorte der Spitzenfor-

schung, wie Mark 51°7 in Bochum, lebhafte Orte des Forschens, Lernens, Lebens und der positiven Identifikation mit dem Ruhrgebiet werden.

Im Rahmen verschiedener Studien wurde der Fokus zudem auf das nördliche Ruhrgebiet mit seinen spezifischen Herausforderungen gelegt. Es wurden Analysen zur Forschungsinfrastruktur, sowie zu Potenzialen regionaler Wertschöpfungsketten durchgeführt. Es wurde deutlich, dass die Forschungs- und Bildungsinfrastruktur im nördlichen Ruhrgebiet hinter der des südlichen Ruhrgebiets zurückbleibt. Gleichzeitig verfügt das nördliche Ruhrgebiet – wie auch das Ruhrgebiet insgesamt – über einen unterdurchschnittlichen Industriebesatz. Die Unternehmens- und Beschäftigungsstruktur ist besonders stark geprägt durch infrastrukturelle Dienstleistungen. Allerdings gibt es auch hier Potenziale wie im Bereich der Pflege und Rehabilitation, sowie in der Chemie (Wasserstoff) und Kreislaufwirtschaft. Ein vielversprechendes Zukunftsfeld stellt ferner die IT-Sicherheit dar: hier bestehen sowohl auf Seiten der Forschung an der Westfälische Hochschule Gelsenkirchen als auch durch private Unternehmen und Ausgründungen Potenziale.

Die Projekte bedienten sich verschiedenster Forschungsmethoden. Neben klassischen quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden zur Entwicklung von Strategien und Maßnahmen (z.B. InSicht, Digi.Stadt, Zukunftscampus), spielten anwendungsorientierte und transformative Formate wie Planungswerkstätten und Reallabore (die digitale Stadt gestalten, MORO, KuDeQua, UrbaneProduktion.Ruhr, Zukunftsstadt 2030 Gelsenkirchen) in den vergangenen drei Jahren bei Raumkapital eine große Rolle. Raumkapital konnte hierbei verschiedene kommunale, wie auch regionale Strategieprozesse vorantreiben, in denen zukunftsweisende Themenfelder für Kommunen wie z.B. Smart-City-Strategien (Beckamp et al. 2022) oder aber die regionale Entwicklung bzw. die kommunalen Finanzen (MORO) im Fokus standen. Auch wurden Strategien zur Weiterentwicklung von Regionen unter Berücksichtigung zukunftsrelevanter Branchen (z.B. Cybersicherheit) initiiert und im weiteren Verlauf begleitet. Gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Unternehmen, Wirtschaftsförderungen und Stadtplanungämtern wurden weitere lokale Prozesse angestoßen und für Gebäude Zwischennutzungen (Festival Walnuss & Gewebe) getestet, teilweise langfristige Nachnutzungen (LutherLAB, Wiesmann's)

etabliert und mit Zivilgesellschaft und Unternehmen neue Organisations- und Geschäftsmodelle (Netzwerke „Textil aus'm Pott“, „Nahrungsmittel aus'm Pott“, „Bochumer Manufakturen“) erprobt und gestaltet. Mit dem LutherLAB und dem Wiesmann's sind zwei Experimentierräume für nachhaltige Transformation entstanden.

Zusammen in die Zukunft

Wir wollen zukünftig gerne noch stärker flächen- mit strukturpolitischer und finanzgeografischer Forschung verbinden, nicht nur hinsichtlich der Frage, wie sich Planungs-, Wohlfahrts-, Finanz- und Wirtschaftssysteme gegenseitig ergänzen, sondern auch, welche Instrumente zu einer nutzungsgemischten, sozial ausgewogenen Raumstruktur und zu einer sozialökologischen Transformation beitragen. Es lässt sich zwar z.B. mithilfe des Varieties-of-Capitalism-Ansatzes (z.B. Hollingsworth, Boyer 1997; Hall, Soskice 2001) das reziproke Verhältnis von nationalstaatlichen Finanzsystemen zur räumlichen Zentralität der Wirtschaft, zu den Unternehmens- und Eigentümerstrukturen, verschiedenen Elementen der Sozialpolitik und Regulierung kontextualisieren. Dass dabei aber auch planungssystemimmanente und wohlfahrtsöko-

nomische Faktoren eine Rolle spielen, die z.B. räumlich ausgleichend und dezentralisierend wirken, wird kaum berücksichtigt.

Gleichzeitig hat auch die Digitalisierung verschiedenster Sektoren direkte Auswirkungen auf Raumstrukturen; die Wirksamkeit bestehender Lösungsansätze und der Wertschöpfung gilt es tiefergehend zu untersuchen. So gilt es, gegenläufige Entwicklungen einer möglichen Zentralisierung von Wertschöpfung mit einer einhergehenden Dezentralisierung der Angebote zu erfassen und für verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge kritisch zu betrachten.

Die bereits jetzt im Diskurs präsenten Themen - Strukturwandel sowie die digitale und die ökologische Transformation - werden global in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen, denn nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere Länder müssen den Ausstieg aus der Kohle und anderen fossilen Energieträgern bewältigen und den Autarkiegrad in der Versorgung mit Energie und anderen wichtigen Gütern steigern. Selbstverständlich sollte Nachhaltigkeit dabei im Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten gesehen werden. Allerdings werden die Anreize und regulatorischen Kli-

maschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren notwendigerweise immer weitreichender werden müssen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Damit wird die ökologische Transformation die Richtung vorgeben. So ist die Gesellschaft – und dies gilt auch für den ökologischen Bereich, der die Grundlage für die Gesellschaft ist – zwar die Voraussetzung dafür, dass, es zu einer positiven ökonomischen Entwicklung kommen kann, aber diese ökonomische Entwicklung hat der Gesellschaft zu dienen. Damit die Gesellschaft aber von einer ökonomischen Entwicklung profitieren kann, muss diese u.a. gut ausgebildet, emanzipiert und gesund sein.

Dies zeigt, dass aus Sicht des Forschungsschwerpunkts „Raumkapital“ das IAT hervorragend aufgestellt ist, um sich den Herausforderungen zu widmen. So sind die Forschungsschwerpunkte „Arbeit & Wandel“ und „Gesundheitswirtschaft & Lebensqualität“ prädestiniert, bei Fragen zur Steigerung der Lebensqualität sowie der Wertschöpfung und fairen Verteilung zur Sicherung der Teilhabe auch im Rahmen einer reduktiven Moderne mitzuwirken. Insbesondere zum Forschungsschwerpunkt „Arbeit & Wandel“ bietet sich natürlich auch die Zusammenarbeit im Bereich der Frage von Dienstleistung

und Produktion an – diese soll auch zukünftig verstärkt werden. Da aus „raumkapitalistischer“ Sicht eine sozial-ökologische Transformation nicht nur auf Grundlage von Suffizienz bzw. moderaten Wachstumsszenarien stattfinden kann, sondern im Wechselspiel mit organisationalen, technischen und sozialen Innovationen erfolgen muss, ist die Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt „Innovation, Raum & Kultur“ ebenso von zentraler Bedeutung.

Referenzen

Adli, Mazda; Baumgart, Sabine; Beckmann, Klaus J.; Brenner, Janos; Bolte, Gabriele; Gärtner, Stefan; et. al. (2021): Sars-Cov-2-Pandemie: Was lernen wir daraus für die Raumentwicklung? In: Positionspapier aus der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gesellschaft (Hrsg.), 118, 20 S.

Bathen, A.; Bunse, J.; Gärtner, S., Meyer, K.; Lindner, A.; Schambelon, S.; Schonlau, M. & Westhoff, S. (2019). Handbuch Urbane Produktion: Potenziale | Wege | Maßnahmen (1.th ed.).

BBSR- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020): Lebendige Regionen

- Aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe: Endbericht der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), BBSR-Online-Publikation 14/2020.

Beckamp, M.; Flögel, F.; Humann, M.; Walther, C. (2022): Die digitale Stadt gestalten: Erfahrungen aus den Planungswerkstätten. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Hg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (ExWoSt-Informationen, 52/2).

Butzin, Anna; Benz Müller, Ralf; Große-Kampmann, Matteo; Hegemann, Susanne; Hejnová, Tereza; Kersten, Susanne; Krause, Angela; Paul, Hansjürgen; Siegel, Jessica; Szigat, Florian; Timmermann, Frank; Zelsen, Christian; Flögel, Franz (2021): Cybersicherheit im zentralen Ruhrgebiet: Regions- und Innovationsfeldanalyse. Eine InSicht.Ruhr Analyse. Gelsenkirchen. Online: https://www.ariat.eu/aktuell/veroeff/2021/butzin_floegel_hejnova01.pdf

Dahlbeck, Elke; Neu, Marc; Flögel, Franz; Gärtner, Stefan; Wettig, Sarah; Schräpler, Jörg-Peter; Gehne, David H. (2020a): Regio-

nale Lebensverhältnisse: Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Studie zum Modellvorhaben Regionale Lebensverhältnisse. ISSN: 1868-0097.

Dahlbeck, Elke; Schlieter, Dajana; Bräutigam, Christoph; Jochimsen, Kerstin; Brückner, Felix (2020): Erhalt und Aufbau (bürgerschaftlich getragener) gesellschaftlicher Dienste im Quartier. Endbericht des durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „KuDeQua – Quartierslabore – Kultur- und demografiesensible Entwicklung bürgerschaftlich getragener Finanzierungs- und Organisationsmodelle für gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier“. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik.

Flögel, F.; Langguth, F. (2021): 2021: Kommunale Finanzen und Fördermittel: Kurzexper-tise im MORO Lebendige Regionen. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Online-Publikation 22/2021, 37 S.

Flögel, Franz; Gärtner, Stefan (2020): The COVID-19 pandemic and relationship banking in Germany: Will regional banks cushion an economic decline or is a banking crisis looming? In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie. 111 (3), pp. 416–433. Online: <https://doi.org/10.1111/tesg.12440>

Flögel, Franz; Hejnová, Tereza (2021): The Effects of Regional Banks on Economic Resilience during the COVID-19 Pandemic and the Global Financial Crisis. A Cross-Country Comparison of the European Countries. IAT discussion paper, no. 21/01. Online: <https://ssrn.com/abstract=4001763>

Flögel, Franz; Langguth, Florian (2021): Kommunale Finanzen und Fördermittel: Kurzexpertise im MORO Lebendige Regionen. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Online-Publikation 22/2021. Online: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/bbsr-online-22-2021-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Gärtner, S.; Meyer, K.; Schlieter, D. (04/2021). Produktive Stadt und Urbane Produktion: ein Versuch der Verortung anhand der Neuen

Leipzig Charta (No. 04). Gelsenkirchen. https://www.iat.eu/media/forschungaktuell04-2021_2.pdf

Gärtner, S.; Schepelmann, P. (2020). Urbane Produktion: Mehr als ein sozial-ökologisches Feigenblatt? RaumPlanung: Fachzeitschrift für räumliche Planung und Forschung, 209(6), 50–54.

Hall, Peter A.; Soskice, David (2001): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford University Press, U.S.A.

Henger, Ralph; Voigtländer, Michael (2019): Ist der Wohnungsbau auf dem richtigen Weg? Aktuelle Ergebnisse des IW-Wohnungsbedarfsmodells. IW-Report 28/2019

Hollingsworth, J. Rogers; Boyer, Robert (1997): Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions. Cambridge Studies in Comparative Politics. Cambridge University Press

Krischausky, Gesine; Milbert, Antonia; Sturm, Gabriele, 2013: Raumabgrenzungen und Raumtypen im raumbezogenen Informationssystem des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-

und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). In: Regionale Standards. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte. Auflage, GESIS-Schriftenreihe 12). Köln. Zugriff: <https://doi.org/10.21241/ssoar.34820>.

Meyer, K.; Beckamp, M. (2020). Industrial Gentrification in London: Hintergründe, Erkenntnisse und “Lessons Learned”. RaumPlanung: Fachzeitschrift für räumliche Planung und Forschung, 209(6), 29–36.

Scheuplein, Christoph; Bůžek, Richard (2021): Private-Equity - geführte Praxis-Ketten in der vertragsärztlichen ambulanten Patientenversorgung in Bayern. In: Gesundheits- und Sozialpolitik (G&S), Jg. 75, Heft 2, S. 36-44

Wirtschaftsförderung Bochum (2021). Fab-Town Bochum. Produktion zurück in die Innenstadt. https://urbaneproduktion.ruhr/wp-content/uploads/2021/08/WerbebrochureUrbaneProduktion_interaktiv.pdf